

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4.50 RM., monatlich 1.50 RM.
 frei ins Haus, vorwärtschlag. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Vorbezug: Monatlich
 1.50 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 3.— RM. für das übrige Ausland
 4.50 RM. monatlich Ausland ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM.
 Postbestellungen nehmen an: E. An-
 mann, Postfach, Bismarckstr. 3, Berlin
 und die Sammel-Vertriebsstellen in die
 200-Vertriebsstellen.
 Druckerei: K. G. G.

Telegraphische Adressen:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 beträgt 1. die Nebenblätter „Kolossal-
 zeile“ 60 Pf., „kleine Anzeigen“,
 das fertige Blatt 20 Pf. (10-
 tägig 2 fertige Blätter, jedes
 weitere Blatt 10 Pf., Stellenangebote
 und Schließelanzeigen das erste
 Blatt 10 Pf., jedes weitere Blatt 5 Pf.,
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Leuzungsbeitrag 20%.
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,
 politische u. gewerkschaftliche Vertriebs-
 Anzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin S. O. 66, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Gedruckt von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | Dienstag, den 15. Januar 1918. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97. | | Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Kein Kurswechsel - keine Kanzlerkrise

Kühlmann bleibt.

Berlin, 14. Januar. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Überschrift: „Tatsachen und Gerüchte“:
 Der Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling hat in den letzten Tagen mehrfach seiner Majestät dem Kaiser Vortrag gehalten und zahlreiche Besprechungen gehabt. Eine vertrauensvolle Aussprache hat zwischen dem Reichskanzler und dem zurzeit hier anwesenden Heerführern stattgefunden. Die Mitteilungen über einen heute einberufenen Kronrat sind unrichtig. Es liegen keine sachlichen Differenzen vor, die eine Entscheidung im Kronrat verlangten. Auch sonst gehen mancherlei unrichtige Nachrichten durch einzelne Blätter. So wird gemeldet, daß der Staatssekretär v. Kühlmann und der Postkammergraf Bernstorff in Berlin eingetroffen seien. Beide Angaben sind falsch.

Was war das für ein Zustand? Unter verschlossenen Türen beriet man, nach dreieinhalb Kriegsjahren, darüber, was wir eigentlich wollen, das Volk stand draußen und zählte sich an den Knöpfen ab, ob uns Eroberungslust treibt oder nicht.

Ja, nein, ja, nein, ja, nein! Nein, so lautet die neueste Nachricht, uns treibt nicht Eroberungslust. Es war viel Lärm um nichts, und es bleibt wieder alles, wie es ist. Aber wie ist es eigentlich?

Die borusso-polnische Lösung gilt als erledigt. Wunder nur, daß man sie überhaupt ernst nehmen konnte (am Ende gar auch heute noch ernst nehmen muß?). In Bresl-Litowsk hat General Hoffmann namens der Obersten Heeresleitung erklärt, diese lasse die russische Regierung in die Angelegenheiten der besetzten Gebiete nicht hereinreden. Immerhin, die Regierung wird auch nach dieser sehr militärischen Erklärung mit den Russen über die besetzten Gebiete weiter verhandeln. Aber was folgt aus ihr? Die Russen haben nichts dreinzureden, also kann man ihnen doch nicht mit dem Plan einer neuen Teilung Polens kommen. Russen wir den Westteilen Polens samt dem Kohlenbistritz haben, so müssen wir das nicht mit den Russen, sondern mit den Polen und Oesterreichern ausmachen. Da man weder in Wien noch in Warschau die geringste Neigung hat, auf diese gloriose Idee einzugehen, kann die angebotene Lösung gar nicht in diesem Kriege erreicht werden, sondern etwa erst in einem nächsten, den wir gegen Oesterreich-Ungarn und Polen zu führen hätten.

Wir werden also das uns befreundete Polen vorläufig nicht von zwei Millionen seiner Einwohner befreien und von seinen Kohlengruben, ohne die seine Industrie nicht leben kann. Die Verwirklichung der schönsten strategischen Grenze kann politisch die reinste Unmöglichkeit sein, wie das Beispiel klarlich zeigt. Immerhin hat der große Vorstoß der Alldeutschen den Erfolg gehabt, daß das deutsche Reichschiff mitten im Strom der Friedensverhandlungen bedenklich ins Schaufeln geriet und das, was in Bresl-Litowsk wie ein Schwärzchen angesponnen wurde, mit einer schrillen Dissonanz zu enden drohte.

Dieselben Alldeutschen, die wie die Stiere auf den Sonderfrieden mit Rußland losgingen und jeden als Vaterlandsfeind verdächtigten, der seinerzeit in das höchst unzeitige Abenteuer nach ihm nicht einstimmen wollte, dieselben Alldeutschen sind jetzt drauf und dran, durch ihren verhängnisvollen Einfluß diesen Sonderfrieden unmöglich zu machen. Sie versuchen in ihrer Presse, die deutschen Unterhändler in eine immer schärfere Loner hineinzuziehen, und fühlen sich am wohlsten, wenn alles in Scherben gehen will.

Und darum hatten sie gestern einen besonders guten Tag. Denn in Bresl-Litowsk hatten sich die Dinge so verwickelt, daß ein Ausweg kaum noch zu erkennen war. Die Spezialkommission, welche die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker regeln sollte, hatte sich nach gereizten Auseinandersetzungen verortet, ohne daß eine neue Sitzung anberaumt wurde. Und doch müßte eine Einigung möglich sein, wenn der gute Wille dazu auf beiden Seiten vorhanden ist. Denn nicht das ist die entscheidende Frage, wann die Räumung der besetzten Gebiete vorgenommen wird, sondern daß sie vorgenommen wird und daß nach ihr eine völlig freie Abstimmung der Bevölkerung über ihre künftige Staatlichkeit vorgenommen wird. Inzwischen sind die Plenarverhandlungen in Bresl wieder aufgenommen worden; es geht schwer, aber am Ende geht es vielleicht doch!

Die Taktik, die von den deutschen Unterhändlern unter einem gewissen Druck eingeschlagen worden ist, scheint uns bedenklich. Die Russen erklären immer wieder, daß sie die Be-

völkerung der besetzten Gebiete keineswegs in den russischen Staatsverband zwingen wollen, sondern daß sie nur wünschen, auf einen solchen Zwang möge auch von der anderen Seite verzichtet werden. Da die deutschen Unterhändler mit der Farbe nicht recht herauswollen, müssen die Russen bei der Bevölkerung der besetzten Gebiete an Sympathien gewinnen, was die Deutschen verlieren: die Aussichten, bei einer freien Abstimmung ein Ergebnis zugunsten Deutschlands zu erzielen, werden also verkleinert. In der gleichen Richtung wirkt der Plan der borusso-polnischen Lösung weiter auch dann, wenn er endgültig aufgegeben sein sollte: allein schon die Tatsache, daß einflußreiche Kreise in Deutschland eine neue Zerstückelung Polens anstreben, muß die Polen stutzig machen. In dem Maße aber, in dem sich die Aussicht verkleinert, ein freies Volksvotum für die „Anlehnung“ an den Westen zu erzielen, muß sich bei jenen, die nicht „mit leeren Händen“ zurückkommen wollen, die Abneigung gegen eine wirklich freie Abstimmung steigern.

Die Furcht vor den leeren Händen ist ganz unbegründet. Die Hände, die uns den Frieden mit dem Osten bringen, werden in den Augen der ungeborenen Mehrheit des deutschen Volkes nicht leer sein. Die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes wird es vollkommen verstehen und billigen, wenn mit Rußland ein demokratischer Frieden geschlossen wird, ein Frieden, der keinen Stachel in der Seele des Gegners zurückläßt und der das Selbstbestimmungsrecht der Völker verwirklicht.

Nun ist gestern in einer Besprechung der Fraktionsvertreter mit dem stellvertretenden Leiter des auswärtigen Amtes, Frhr. v. d. Busche, mitgeteilt worden, eine Veränderung des Kurses sei nicht eingetreten, Herr v. Kühlmann führe die Verhandlungen weiter mit den alten Instruktionen und der Reichskanzler stehe zu seiner Erklärung vom 29. November. Was hat Graf Hertling in jener Erklärung gesagt? Nachdem er Mitteilung von dem russischen Friedensangebot gemacht hatte, führte er unter lebhaften Beifallrufen der Mehrheit, besonders auch der Sozialdemokratie, aus:

Wir wünschen nichts mehr, als zu den allen nachbarlichen Beziehungen insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiete zurückkehren zu können. Was die ehemals dem Szepter des Zaren unterworfenen Länder Polen, Litauen und Aurland betrifft, so achten wir das Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker. Wir erwarten, daß sie sich selbst diejenige staatliche Gestaltung geben werden, welche ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht. Uebrigens sind die Dinge hier noch völlig in der Schwebe; Nachrichten, welche vor einiger Zeit durch die Presse gingen, als ob in einem Punkte eine feste Abmachung getroffen worden sei, sind den Tatsachen vorangeeilt.

In derselben Richtung bewegte sich dann die Erklärung der Mittelmächte vom 25. Dezember, die von den Russen als geeignete Verhandlungsgrundlage anerkannt wurde. Die Schwierigkeiten setzten erst drei Tage später ein. In derselben Zeit beginnt auch der erneute Ansturm der Alldeutschen gegen einen Verständigungsfrieden mit Rußland, für den „Nachfrieden“ in Ost und West.

Die Regierung hat allem Anschein nach diesem Ansturm standgehalten. Aber der Vorwurf kann ihr nicht erspart werden, daß sie in taktischer Absicht die klare Grundlinie der Verhandlungen in Bresl-Litowsk verschoben hat. In der ganzen Welt, besonders bei den Russen, aber auch bei einem großen Teil des deutschen Volkes entstand die Meinung, mit der seit 28. Dezember eingeschlagenen Taktik sei die Abkehr von den Erklärungen des 29. November und des 25. Dezember vollzogen und der Sieg der entgegengesetzten Richtung sei Tatsache. Diesen ungünstigen Eindruck zu verwischen, wird nicht leicht sein.

Die diplomatisch gehaltene Mitteilung der „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt nicht, daß keine sachlichen Differenzen vorliegen, sondern sie sagt, daß keine sachlichen Differenzen vorliegen, die eine Entscheidung im Kronrat verlangten. Man kann daraus schließen, daß über die vorliegenden sachlichen Differenzen ohne Kronrat entschieden wurde und daß die Entscheidung zugunsten der vom Reichskanzler vertretenen Auffassung gefallen ist. Ist nun die Hoffnung berechtigt, daß diese Auffassung einen glücklichen Ausgang der Verhandlungen in Bresl-Litowsk nicht ausschließt?

Wenn der Reichskanzler will, dann kann ihm die Reichstagsmehrheit helfen, zu einem guten Frieden mit Rußland zu kommen. Das geht aber nur dann, wenn beide, Kanzler und Mehrheit, dem Ziel eines ehrlichen demokratischen Friedens mit Entschlossenheit zu-

stehen und sich von denen, die das Friedenswerk zertrümmern wollen, ihre Kreise nicht stören lassen. Die Lehre der letzten Tage war deutlich genug. Darf man hoffen, daß es noch nicht zu spät war, aus ihr zu lernen?

Hertlings Rede verschoben.

Die angekündigte Rede des Grafen Hertling hat wegen der noch ungeklärten Lage einen Aufschub um mehrere Tage erfahren. Der Reichskanzler wird in seiner Rede voraussichtlich auch auf die jüngsten Rundgebungen Wilsons und Lloyd Georges antworten.

Stimmungen in Rußland.

Ein Kenner Rußlands schreibt uns:
 Mit dem Fortschreiten der Friedensverhandlungen steigen die Hoffnungen und Erwartungen. Es wäre aber sehr verfehlt, anzunehmen, daß auch die Herzen der Russen und entgegen-
 schlagend, und daß die Russen nichts sehnlicher wünschen, als uns in die Arme zu stürzen. Im Gegenteil, es ist anzunehmen, daß man uns nicht nur mit Reserve, sondern in weiten Kreisen mit großer Unfreundlichkeit ansieht. Selbstverständlich hängt vieles von dem Ausgange der Friedensverhandlungen und dem Inhalte der Friedensbedingungen ab.

Die russischen bürgerlichen Kreise sind im höchsten Maße gegen die Bolschewiki und ihre Friedensaktion erbittert. Sie betrachten es als eine Schmach, daß Rußland seine Alliierten im Stich gelassen hat. Sie sehen ein, daß es auf die Verwirklichung seiner imperialistischen Kriegsziele für immer verzichtet muß, sie glauben aber auch, daß Rußland den „Verrat“ teuer bezahlen wird. Andererseits sparen die Blätter nicht mit düsteren Worten, um die verhängnisvollen Folgen der Abhängigkeit zu schildern, in die Rußland durch die Verbindung mit Deutschland geraten werde. Sie schildern, wie unvermeidlich die finanzielle, wirtschaftliche und schließlich politische Unterwerfung Rußlands sein werde, die das Land zu der Rolle einer Kolonie Deutschlands verdammen würde. Ohne Ostprovinzen und Oberherrschaft in Finnland werde Rußland in die Verhältnisse der Zeit vor Peter dem Großen zurückgeworfen werden.

Aber auch die Demokratie, die sich dessen bewußt ist, daß nur der Friede das Land und die Revolution noch retten kann, sieht dem Gerannahen des Friedens mit Deutschland kühl entgegen. Die Sorge um das Schicksal der Demokratie der Westmächte, die den erhöhten Druck des Krieges nunmehr zu ertragen haben wird, tut es nicht allein, sondern auch die Furcht vor dem deutschen wirtschaftlichen Einfluß in Rußland spielt dabei mit. Man ist im allgemeinen überzeugt, daß der Sonderfrieden die wirtschaftliche Entwicklung des Landes aufhalten kann, während überall sehr daran geworfen wird, daß die Bolschewiki die wahren Interessen der wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands zu wahren verstehen werden.
 Es ist von unserem Standpunkte selbstverständlich bedenklich, daß derartige Stimmungen Platz greifen können. Sache der deutschen Politik ist es, dahin zu wirken, daß in der Seele des russischen Volkes kein Stachel zurückbleibt!

Bolschewikische Verstaatlichungen.

Die Vollkommissare haben ein Dekret erlassen, daß alle Einrichtungen des Verbundes der allrussischen Zemstvos zum Eigentum der russischen Republik erklärt werden. Ferner haben sie die Beschlagnahme der Wollkomwerke in Petersburg „wegen Verschwendung der Gesellschaft“ verfügt und ferner die Beschlagnahme der Wagenbauanstalt der internationalen Schlafwagen-Gesellschaft „wegen Verletzung der Leitung, die Arbeit fortzuführen“.

Nach Meldung des „Koschewet“ beschloß der Rat der Volksbeauftragten, sämtliche Gruben und Industrieanlagen der russisch-belgischen metallurgischen Gesellschaft als Staatseigentum zu erklären. Anlaß hierzu gab eine Bekanntmachung der Gesellschaft, daß sie sich der Einführung der Arbeiterkontrolle nicht unterwerfen und ihre sämtlichen Unternehmungen am 18. Januar liquidieren werde. Angeblich beschloß die Bolschewiki-Regierung, die Konfiskation auch auf das im Auslande befindliche Eigentum der russisch-belgischen Gesellschaft auszudehnen.

Der maximalistische Gemeinderat von Petersburg hat laut Neuter beschloßen, alle Privatwagen mit einer Steuer von 500 Rubel und alle Pferde mit je 500 Rubel jährlich zu besteuern. Für Automobile wurde eine Steuer von 150 Rubel per Pferdekraft eingeführt. Saegmaschinen werden mit 1000, Hunde mit 30 Rubel jährlich, öffentliche Lustrationen mit 20 Proz. besteuert.

Die Revision der Konstituante-Mandate.

Petersburg, 13. Januar. (Nachricht der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Vollzugsausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats hat einen Erlaß veröffentlicht, der den Wahlen der Bauern, Arbeiter und Soldaten das Recht verleiht, Neuwahlen festzusetzen oder die Wahlen derjenigen Abgeordneten zur Verfassunggebenden Versammlung ungültig zu erklären, die nicht die Interessen der Arbeiter- und Bauernmassen vertreten.

Zugleich meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur: Der zweite Kongress der Bauern hat eine besondere Beschlusseklärung für die unvergängliche Ungültigkeitserklärung der Mandate aller Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung beschlossen, die gegen die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte vorgehen. Die den Abgeordneten zum Kongress ausgehändigte Verfügung enthält unter anderem den folgenden Paragraphen: In allen Gouvernements, wo die gewählten Abgeordneten zum rechten Flügel der Partei der Sozialrevolutionäre oder einer anderen rechtsstehenden Partei gehören, die gegen die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte handelt, müssen diese unverzüglich zurückgerufen werden, und im Falle einer Weigerung, sich zu unterwerfen, sollen gemäß dem Erlaß über die Neuwahlen solche angeordnet werden.

Der Kongress der zweiten Armee hat schon beschlossen, Kossentjew, Gok, Lichatscher und Kozloff, sämtlich rechtsstehende Sozialrevolutionäre, die von dieser Armee gewählt worden sind, zurückzurufen. Mehrere Gutachten wurden in vielen Gouvernements gefaßt.

Sankt Petersburg, 14. Januar. Nach einer Petersburger Savandmeldung sind bis jetzt 493 Wahlergebnisse für die Konstituante bekannt. 260 Sitze entfallen auf die Sozialrevolutionäre, 151 auf die Maximilianen.

Karl Minster wegen Spionageverdacht verhaftet.

Zu der in den letzten Wochen durch Nachrichten von verschiedenen Seiten bekannt gewordenen Verhaftung Karl Minsters liegt nunmehr endlich eine Aufklärung von deutscher Seite vor. Wolffs Bureau teilt mit:

Wie wir hören, ist am 11. Dezember 1917 der Herausgeber der in Amsterdam erscheinenden radikalsozialistischen Wochenchrift „Der Kampf“, Karl Minster, auf deutschem Boden von der deutschen Grenzpolizei in der Nähe von Niederstein festgenommen worden, nachdem er unbefugt den deutsch-niederländischen Grenzfluß (Warm) überschritten hatte.

Minster ist dringlich verdächtig, mit dem englischen Nachrichtendienst, insbesondere dem Bureau Linsley in Rotterdam, in Verbindung zu stehen und für diesen durch Mittelspersonen in Deutschland militärische und wirtschaftliche Spionage getrieben zu haben. Er hat bereits zugegeben, durch eine Vertretungsperson einen Brief an den Bureauvorsteher einer Kriegsamtsstelle gerichtet zu haben, in dem er um Auskunft über unsere Vorräte an Rohstoffen, die für die Rüstungsindustrie wichtig sind, bittet. Als seine Helfershelfer kamen etwa 9 Personen im Westen Deutschlands und in Berlin in Betracht. Von diesen konnten nach kurzer Zeit fünf wieder aus der Haft entlassen werden.

Von der feindlichen Presse ist in den letzten Tagen die Nachricht verbreitet worden, in Deutschland seien mehrere hundert Mitglieder der unabhängigen sozialdemokratischen Partei verhaftet worden.

Offenbar ist die eben geschilderte Verhaftung des Minster und seiner Helfershelfer auf diese Weise von der Entente aus leicht erkennbaren Gründen böswillig aufgebaut worden.

Die Frage der Verhaftung Caillaux.

Genève, 14. Januar. Die „Quinault“ berichtet, erklärte der Untersuchungsrichter Beaufardon, daß gegen Caillaux keinerlei neues Beweismaterial vorliege. Die vorhandenen Akten genügen nicht für die Verhaftung Caillaux.

Der Kampf für den Frieden in Amerika.

Aus Stockholm wird uns geschrieben: Der jungsozialistische „Politiken“ veröffentlicht interessante Mitteilungen eines solchen aus Amerika angekommenen sozialistischen Journalisten über die Lage in Amerika. Diese kommt in der bürgerlichen Presse keineswegs zu einem wahren Ausdruck. Die Zensur tut das übrige. In Wirklichkeit ist der Krieg durchaus nicht populär. Arbeiter, Kleinbürger und Farmer sind seine Gegner. Kriegspatriotisch sind nur die Kapitalisten, die die jetzige Regierung ganz in der Hand haben. Allerdings nicht nur diese, sondern auch einige Gewerkschaftsführer, was indes keine Bedeutung hat. Comperd kann sicher nicht als besonnen angesehen werden; er ist nur ein alter Mann, der sich selbst überlebt hat, aber gern eine politische Rolle spielen möchte. Die Gewerkschaftsmittelglieder stehen durchaus nicht auf seinem Standpunkt. Der Sozialismus macht außerordentliche Fortschritte. Bei der Bürgermeisterwahl in New York am 6. November 1917 erhielt Genosse Hillquit 140 000 Stimmen gegen 30 000 vor zwei Jahren.

Die Radikaler kämpfen gegen die Friedensbewegung der Arbeiterklasse mit rassistischen Unterdrückungsmethoden. Versammlungen werden aufgelöst, Redner verhaftet, Zeitungen unterdrückt oder von der Postverwaltung ausgeschlossen. Über all das macht den Krieg nicht vollstimmiger. Eine große Zahl kultureller Organisationen hat sich zu einem Verband zur Bekämpfung des Krieges zusammengeschlossen. Dienstverweigerungen kommen in Massen vor. Für die bürgerlichen Parteien ist der Krieg eine kritische Zeit. Die republikanische Partei ist zum Untergang verurteilt, der Kampf der Zukunft wird sich zwischen den Demokraten und den Sozialdemokraten abspielen.

Die Demokraten haben, um das Volk zu beruhigen, zu einer Reihe sozialistischer Maßnahmen gegriffen. So sind die Eisenbahnen schon unter Regierungsaufsicht gestellt und ihre Verstaatlichung ist mit Sicherheit zu erwarten. Dasselbe gilt für Telegraphen, Post und Telefon und wohl auch für gewisse verarbeitete Industrien. Die Unternehmer widerstreben dem nicht besonders heftig. Die Arbeiter haben ihnen wiederholt Lohnhöhungen abgezwungen und der Staatssozialismus erscheint ihnen als Mittel, auf billige Art davonzukommen. In den Gewerkschaften dagegen nimmt die Einsicht in die Notwendigkeit, die politische Neutralität aufzugeben und zur politischen Aktivität überzugehen, immer mehr zu. Schon beginnt sich

Störungsjahr und Erfindungsgeschichte im Westen.

Konstanz, 14. Januar 1918. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seezugsgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Generalität sieht tagtäglich auf Störungsjahr beschränkt. In einzelnen Abschnitten, besonders östlich von Lens, war sie am Abend gescheitert.

Aufführungsabteilungen drängen südlich von Armenières und nördlich von La Sacerie in die englischen Gräben und machen Gefangene.

Seezugsgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht.

Abgesehen von erfolgreichen Erfindungsgeschichten in der Gegend von Juvincourt und auf dem Westufer der Maas verlief der Tag ohne besondere Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Befehl vom Dschebe-See, am Dobropolje und südwestlich vom Dajran-See Kräfteverhältnisse.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 14. Januar 1918, abends. (W. Z. S.)
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

ein gutes Zusammenarbeiten zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Bewegung zu entwickeln. Der Krieg hat im Proletariat eine vollständige Umwälzung herbeigeführt, er einigt und stärkt es.

Wer die amerikanischen Kapitalisten kennt, weiß, daß der kommende Kampf furchtbar sein wird — rassistisch und blutig. Wie schnell sich die Dinge zur großen Auseinandersetzung entwickeln, ist schwer vorzusagen. Man muß aber mit dem amerikanischen Tempo rechnen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 13. Januar. Bei starker Bewachung und unter äußerster Gegenwirkung, die vielfach auch durch schädliche Luftstreitkräfte ausgeübt wurde, versenkten unsere U-Boote im Narmelkanal und an der englischen Ostküste fünf größere Dampfer.

Die Mehrzahl der Schiffe war tiefbesaden und bewaffnet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kleine Kriegsnachrichten.

Das Selbstbestimmungsrecht für Indien. Die englischen Wähler melden aus Kollatto vom 31. Dezember folgendes Kentertelegramm: Die Roslem-Liga für ganz Indien versammelte sich heute hier. Sie trat der Entschliessung des Rationalkongresses bei, in der auf der Notwendigkeit eines parlamentarischen Statuts zur Einführung einer völlig verantwortlichen Regierung bestanden wird. Die Liga fordert außerdem besondere Schutzmaßnahmen für den mohammedanischen Glauben. Eine andere Entschliessung wurde angenommen, in der kräftig gegen die Internierung des Präsidenten der Liga, Mohammed Ali, Einspruch erhoben wurde.

Rückkehr deutscher Kriegsgefangener. In Rotterdam erfolgte am Sonntag vormittag die Auslieferung der im Austausch gegen englische Kriegsgefangene am Abend vorher aus England eingetrossenen deutschen Offiziere und Mannschaften, unter denen sich der Kapitän der „Emden“ befand. Ehrende Ansprachen wurden gehalten und erwidert.

Der Preussische Städtetag zur Wohnungsnot Reich und Staat sollen helfen.

In der gestrigen Verhandlung des Preussischen Städte- und Landtags fand die Erörterung von Wohnungsfragen im Mittelpunkt der Verhandlungen. Es wurde eine Eingabe an den Reichstag des Innern beschlossen. In der Eingabe wird darauf hingewiesen, daß die Beschaffung von Wohnungen zu angemessenem Mietzins in denjenigen Städten, die nach dem Kriege unter einer Wohnungsnot leiden, eine Aufgabe von größter Wichtigkeit für die Gesamtwirtschaft des Reichs, besonders auch für die Wertentwicklung ist. Es wird deshalb die Unterstützung des Reichs und des preussischen Staates zur Beschaffung von billigem Baugeld und billigen Baumaterialien als wirtschaftlich unerlässlich bezeichnet. Die Eingabe soll im Wortlaut veröffentlicht werden. Ein besonderer Ausschuss ist beauftragt worden, die Angelegenheit weiter zu verfolgen.

Alldeutsche „Wissenschaft“.

Die gesamte alldeutsche Presse bringt am Montagabend einen Artikel „Verzichtstheorie und Voluta“ von Professor Dr. Ing. W. Klotz. An der Hand graphischer Darstellungen laßt der Professor zu beweisen, daß immer dann, wenn in Deutschland etwas für den „Verzichtstheorie“ (gemeint Verhandlungsfrieden) geschehen sei, unsere Voluta eine tiefgehende Verschlechterung erfahren habe. Diese auswendig tiefgründige Wissenschaft des Professors Klotz entspringt jedoch beim näheren Hinsehen als reine Charlatanerie. Seine wissenschaftliche Methode läßt sich etwa folgendermaßen charakterisieren: wenn in einem Jahre besonders viel Kirchenaustritte in Berlin erfolgen, und wenn im selben Jahre die amerikanischen Weizenerteile schlecht gerät, so ist für Prof. Klotz erwiesen, daß die Berliner Kirchenaustritte ungünstig auf das Wachstum des amerikanischen Weizens einwirken. In der Tat, was soll man dazu sagen, wenn ein Antrag der Unabhängigen im Reichstag, deren völlige Einflußlosigkeit auf den Gang der Politik doch jedermann im Ausland kennt, von Prof. Klotz als Ursache einer plötzlichen bedeutenden Volutaverschlechterung angegeben wird! Zu welchem blühenden Bildstimm man bei dieser Klotz-Methode gelangt, das zeigt Professor Klotz' ausdrückliche Feststellung, daß der Eintritt Amerikas in den Weltkrieg ein nur halb so starkes Sinken der deutschen Voluta herbeigebrocht hat als der erwähnte, gänzlich unsichtbare Antrag Haaks.

Der Professor Dr. Ing. Klotz hat nämlich in seiner überwältigenden Gelehrsamkeit den kleinen Umstand ganz übersehen,

daß die Voluta nicht nur von politischen Momenten abhängt, sondern in erster Linie durch die reale Ein- und Ausfuhr von Waren bestimmt wird.

Es mag kosten, was es will.

Sehr gerührt wird in der alldeutschen Presse Herr Vizeadmiral Kirchhoff wegen eines in Arrennach gehaltenen Vortrages auf einer Versammlung der Deutschen Vaterlandspartei. Herr Vizeadmiral Kirchhoff äußerte u. a.: „Es mag kosten, was es will: wir wollen England auf die Knie zwingen und ihm die Friedensbedingungen diktieren.“ — Das deutsche Volk ist durchaus nicht der Ansicht, daß es kosten möge, was es wolle. Das deutsche Volk will vielmehr, sobald sich durch einen Verhandlungsfrieden weitere ungeheure Völkerverderben vermeiden lassen, daß sie dann unter allen Umständen vermieden werden. Die Formel „Es mag kosten, was es will“, beweist, daß den alldeutschen die Opfer ganz gleichgültig sind, die zur Erreichung ihrer Ziele gebracht werden müssen.

Der Uriasbrief des Oberbürgermeisters.

Folgen für einen Redakteur.

Der Dessauer Oberbürgermeister Dr. Ebeling hat sein Abbittegedulde eingereicht, nachdem ihm in einer Gemeinderatssitzung eine Reihe peinlicher Verfehlungen vorgeworfen waren. Die schlimmste davon ist ein Brief, den er an das Herzoglich-Anhaltische Ministerium und das Generalkommando geschrieben hat: Man möchte doch den Stadtbürgermeister Pauli, einen Redakteur des sozialdemokratischen „Volkshilfsblattes für Anhalt“, schleunigst eingekerkern, da er heftige Artikel über die Lebensmittelversorgung und die Unterbringung der Kriegerverwundeten schreibt. Pauli ist dann auch schleunigst eingezogen worden und tat seit vielen Monaten Garnisondienst als Feldhüter und Wachen im Gefangenenlager.

Also, Mensch, der du Redakteur bist, hüte dich, einen Oberbürgermeister zu ärgern!

Selbstverwaltung und Staatsaufsicht.

Ein Oberbürgermeister gegen die Regierungsbureaucratie.

Der Kölner Oberbürgermeister Adenauer wandte sich am 10. Januar in einer Rede vor den Stadtverordneten, unter denen übrigens zum ersten Male 3 Sozialdemokraten saßen, entschieden gegen die Unfreiheit der Selbstverwaltungskörper. Wie seien sie durch die staatliche Aufsicht so gebremst worden wie jetzt!

„Es mag das unter dem Zwang der heutigen Verhältnisse auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung hier und da nötig sein, aber der Appell kommt mit dem Essen; das Hineinregieren in alle möglichen Verhältnisse durch laufende und aber Tausende von Verfügungen und Anordnungen, das Einfordern von Berichten usw., hat einen Umfang angenommen, der weit über das erträgliche Maß hinausgeht, und das Hineinregieren erstreckt sich auch auf Gebiete, die weitab von der Lebensmittelversorgung und sonstigen mit dem Kriege zusammenhängenden Verhältnissen liegen. Wir hoffen und erwarten, daß die Zukunft, und zwar eine baldige Zukunft, hier einen entscheidenden und gründlichen Wandel bringt, daß das Bürgerrecht in seinem Selbstverwaltungsorgan diejenige Freiheit des Handelns bekommt, auf die es einen berechtigten Anspruch hat.“

Voraussetzung ist natürlich ein demokratisches Wahlrecht. Herr Adenauer machte übrigens den Zentralinstanzen den Vorwurf, daß sie auf manchen Gebieten völlig verfaßt hätten, so auf dem des Schmuggels im größten Maßstabe, der namentlich von der Großindustrie betrieben werde.

Der Rikelingen Rot. Am Sonntag wollte die Vaterlandspartei im Rikelingenaal zu Wandern „Heerliken“ halten. Es erging ihr aber ganz nibelungemäßig, da sie sich im engen Saal von einer großen Mehrheit ihrer Gegner umringt sahen, gegen die auch die alldeutsche „Stichtstichzeitung“ des Herreren Traub nichts auszurichten vermochte. Von den 3500 Versammlungsbekanntmachern waren wenigstens 2500 oder mehr Gegner der Vaterlandspartei. Um die Versammlung nicht zu gefährden, entschlossen sich die Vaterlandsparteiler, in einem Vertreter der sozialdemokratischen Partei und der Unabhängigen das Wort zu bewilligen. Für die Sozialdemokratie sollte Reichstagsabgeordneter Ged sprechen. Die Unabhängigen konnten dagegen einen Redner nicht stellen und legten auch nach Jubilierung der Diskussionsfreiheit den Arm fort, was auch von den Unabhängigen der Sozialdemokratie bedauert wurde, da auf diese Weise auch Genosse Ged und Wort kam. Andererseits muß aber auch gesagt werden, daß Herreren Traub durch provozierende Aufreißer die fortwährend in die Versammlung schlüpfende, selber Gel im Feuer geh und einen großen Teil der Schuld trug, wenn der Tumult sich nicht legte. Schließlich löste der Polizeidirektor die Versammlung auf.

Dies ist der Rikelingen Rot.

Letzte Nachrichten.

Buchanan über die Macht der Bolschewiki.

Stockholm, 13. Januar. Der englische Vizekonsul in Petersburg, George Buchanan, erklärte gestern einem Vertreter von Stockholms Tidningen, nach seiner Ansicht sei es den Bolschewiki gelungen, sich eine solche Stellung zu schaffen, daß niemand sie gegenwärtig vertreiben könne. Vor allem der Frieden und die allgemeine Kriegsmüdigkeit seien ihr Triumph und sie wünschten am Ruben zu bleiben, bis sie alle ihre Versprechungen erfüllt hätten. Trotzdem könne die Entente sie nicht als Vertreter Russlands anerkennen, da sie zwar die Macht hätten, aber ihre Anhängererschaft sich auf den Norden beschränke. Neben die Aussichten der Friedensunterhandlungen in Brest-Litowsk lasse sich nicht Sicheres sagen, doch arbeite Trotski mit aller Kraft an der Erreichung des Sonderfriedens. Im großen und ganzen müsse man sagen, daß Russland seine Rolle als aktiver Teilnehmer am Weltkriege ausgeübt habe.

Demonstrationen in Amsterdam.

Amsterdam, 14. Januar. Heute nachmittags kam es hier zu Demonstrationen gegen die mangelhafte und ungenügende Lebensmittelverteilung. Die Kundgebungen dauerten mehrere Stunden, ohne daß es zu irgendwelchen größeren Zwischenfällen gekommen wäre.

Das Grubenunglück in Devonshire.

Amsterdam, 14. Januar. Aus London wird gemeldet: Ergänzende Berichte über das Grubenunglück in Devonshire melden, daß nun 23 Leichen geborgen sind, und daß der Gebanke an die Rettung der 137 Arbeiter, die sich noch in den Stollen befinden, hoffnungslos ist. 57 Arbeiter sind lebend gerettet.

Die Spezialkommission in Brest-Litowsk.

Ergebnislose Tagung.

Verhandlungen zur Räumungsfrage.

Brest-Litowsk, 13. Januar. Die am 11. d. M. konstituierte deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommission zur Beratung der territorialen Fragen hielt am 11. und 12. d. M. drei lange Sitzungen ab, die folgenden Verlauf nahmen:

Nach einer kurzen einleitenden Diskussion über formale Fragen der Beratungen wurde zunächst festgestellt, daß an erster Stelle des abzuschließenden Friedensvertrages die Beendigung des Kriegszustandes zwischen den kriegsführenden Teilen ausgesprochen werden sollte. Dagegen lehnte es Herr Trojki ab, anschließend hieron auszusprechen, daß die vertragschließenden Teile entschlossen seien, „fortan in Frieden und Freundschaft zu leben“. Herr Trojki fand, daß dies eine dekorative Phrase sei, die nicht den Sinn der Beziehungen kennzeichne, welche in Zukunft zwischen dem russischen und dem deutschen Volke, bezw. den Völkern Osterr.-Ungarns bestehen würden: Er hoffe, daß ganz andere Dinge die Beziehungen zwischen den Völkern bezeichnen würden. Nach einer Diskussion über diesen Punkt wurde beschlossen, auf den Gegenstand in einem späteren Zeitpunkt nochmals zurückzukommen.

Im weiteren Verlaufe der Besprechung wurde festgestellt, daß Eisenbahnen darüber herrsche,

Die Räumung

der von den beiden kriegsführenden Parteien besetzten Gebiete prinzipiell auf die Grundlage der vollen Gegenseitigkeit zu stellen, d. h. daß die Räumung des besetzten russischen Gebiets an die Räumung der von Rußland besetzten Gebiete Osterr.-Ungarns, der Türkei und Persiens zu knüpfen sei. In einem späteren Stadium der Verhandlung wurde Persien aus diesem Zusammenhang gestrichen, da es nicht kriegsführender Teil sei. Herr Trojki schlug vor, am Schluß des Tages einzuschließen: „Rußland verpflichtet sich, in möglichst schneller Zeit seine Truppen aus den Gebieten des besetzten neutralen Persiens herauszuführen“ und fügte hinzu, daß er keinen anderen Grund zu dieser geplanten Änderung habe als den Wunsch, das ständige Unrecht zu betonen, das von der früheren russischen Regierung gegenüber einem neutralen Lande begangen worden sei.

Hierzu bemerkte Staatssekretär von Kühlmann, er beziehe diese Erklärung um so mehr, als auf Seite der Zentralmächte für das alte Kulturvolk der Perser die ablehnendsten Sympathien beständen und sie nichts mehr wünschten, als daß die Perser in Zukunft frei von Unterdrückung ihre nationale Kultur pflegen könnten.

Es kam sodann die Frage zur Besprechung,

in welchem Zeitpunkt die Räumung

der besetzten Gebiete zu erfolgen haben werde. Der deutsche Vorschlag ging dahin, die Räumung an den Zeitpunkt zu knüpfen, in welchem nach Friedensschluß Rußland seine Streitkräfte demobilisiert haben werde. Die Räumung der besetzten Gebiete an die erfolgte Demobilisierung der russischen Streitkräfte zu knüpfen, sei deshalb notwendig, weil die Gefahr vorliege, daß Rußland, bevor es seine Streitkräfte demobilisiert habe, in Folge Veränderungen in seinem Regierungssystem und seinen Absichten jederzeit in der Lage wäre, Offensivoperationen durchzuführen.

Herr Trojki sprach demgegenüber den Wunsch aus, die Räumung der besetzten Gebiete parallel mit dem Verlaufe der beiderseitigen Demobilisierung durchzuführen, worüber nähere Vereinbarungen zu treffen wären.

Nach einem Hinweis des Herrn von Kühlmann darauf, daß nach dem russischen Vorschlag die Räumung der besetzten Gebiete sich bis zum Abschluß des allgemeinen Friedens hinauszögern müsse, wurde die Beratung über diesen Punkt abgebrochen.

Es gelangte nun die Frage zur Erörterung,

auf welche Teile der besetzten Gebiete sich die Räumung zu erstrecken habe.

Hierzu führte der Staatssekretär von Kühlmann aus: Die aus der Definition der Räumung hervorgeht, erstreckt sie sich nur auf diejenigen besetzten Gebiete, welche noch Teile des Staatsgebietes derselben sind, mit der der Friede geschlossen wird. Auf solche Gebiete, welche bei Eintritt des Friedens nicht mehr Teile dieses Staatsgebietes bilden, erstreckt sie sich nicht. Es würde also in eine Unternehmung eingutreten sein, ob und welche Teile des ehemaligen russischen Gebiets bei Eintritt des Friedens noch als zum russischen Gebiete gehörig betrachtet werden können. Die russische Regierung hat, entsprechend ihren Grundzügen, für alle in Rußland lebende Völker ohne Ausnahme ein bis zu ihrer völligen Absonderung gehörendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert. Wir behaupten, daß in Ausübung dieses Selbstbestimmungsrechtes in einem Teile der von uns besetzten Gebiete die zur Vertretung der betreffenden Völker so facto bestellenden Körperschaften ihr Selbstbestimmungsrecht im Sinne der Absonderung von Rußland derart ausgeübt haben, daß nach unserer Auffassung diese Gebiete heute nicht mehr als zum russischen Reiche in seinem ehemaligen Umfange gehörig betrachtet werden können.

Hierauf erklärte Herr Trojki: Wir halten unsere Erklärung im vollen Umfange aufrecht, daß die Völkerstaaten, die das russische Gebiet bevölkern, ohne äußeren Einfluß das Recht der Selbstbestimmung haben, und zwar bis zur Bestimmung von Rußland. Wir können jedoch die Anwendung dieses Prinzips nicht anders anerkennen, als gegenüber den Völkern selbst und nicht etwa gegenüber gewissen privilegierten Teilen derselben. Wir müssen die Auffassung des Herrn Vorsitzenden der deutschen Delegation ablehnen, welche dahin ging, daß sich der Wille in den besetzten Gebieten durch tatsächlich bevollmächtigte Organe äußert habe, denn diese tatsächlich bevollmächtigten Organe konnten sich nicht berufen auf die von uns proklamierten Prinzipien.

Anknüpfend an diese prinzipiellen Ausführungen entwickelte sich eine lange, hauptsächlich in theoretischem Rahmen geführte

Debatte über die Frage, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Zeitpunkt ein neuer Staat im Wege der Absonderung eines Bestandteils eines existierenden Staates von diesem entsteht.

Staatssekretär von Kühlmann sagte den Standpunkt der Mittelmächte in dieser Frage zusammen wie folgt:

Unsere Auffassung geht dahin, daß die Staatspersönlichkeit entsteht und in der Lage ist, rechtsverbindliche Erklärungen

über die Grundlinien ihres Daseins abzugeben, sobald irgend ein zur Vertretung und als Sprachrohr geeigneter Vertretungsorgan als Ausdruck des unabweislichen Willens der überwiegenden Mehrheit des betreffenden Volkes den Entschluß zur Selbstständigkeit und zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes fassen gibt. Wir schenken unsere Aufmerksamkeit dem Charakter und der fundamentalen Wichtigkeit des Selbstbestimmungsrechtes erheblich näher zu kommen, als die von dem Vertreter der russischen Delegation hier niedergelegte Auffassung, denn dieser hat uns bisher nicht gesagt, wie der Körper entstehen oder beschaffen sein soll, welcher in den größtenteils noch nicht organisierten, die Volkspersönlichkeit anstrebenden Völkern die Organisation des Volkes auf breiterer Grundlage vornehmen muß, die nach Ansicht des Herrn russischen Vorsitzenden die Voraussetzung für die Entstehung dieser Rechtspersönlichkeit bildet.

Hierbei wies Herr von Kühlmann auf die Verhältnisse Finnlands und der Ukraine hin, welche sich ja im Sinne der deutsch-russischen Grundzüge konstituieren hätten und welchen die Peterburger Regierung die Selbstständigkeit anerkannt habe, obgleich ihre Entstehung nicht nach den von ihr jetzt vertretenen Prinzipien erfolgt sei.

Demgegenüber hielt Herr Trojki an dem von ihm vertretenen Standpunkt fest und bemerkte zu den vom deutschen Staatssekretär ins Treffen geführten Beispielen folgendes:

Was Finnland betrifft, so war es nicht okkupiert von fremden Truppen. Der Wille des finnischen Volkes hat sich in einer Art und Weise geäußert, die als demokratisch bezeichnet werden kann und muß, und von unserer Seite konnte nicht die letzte Entscheidung darüber erhoben werden, daß der geäußerte Wille des finnischen Volkes auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt wird. Was die Ukraine anbelangt, so ist dort der Wille einer derartigen demokratischen Selbstbestimmung noch nicht durchgeführt; da aber die Ukraine andererseits nicht besetzt ist von ausländischen Truppen, und wir auch der Ansicht sind, daß die Räumung des ukrainischen Gebietes durch die russischen Truppen keinerlei Schwierigkeiten bereiten kann, einmal dies eine rein technische und nicht eine politische Frage ist, so sehen wir keinerlei Hindernisse dagegen, daß die Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes auf dem Wege der Anerkennung der unabhängigen ukrainischen Republik erfolgt.

Das Ergebnis der beiderseitigen Ausführungen über diesen Punkt wurde vom Staatssekretär von Kühlmann folgendermaßen zusammengefaßt:

Herr Trojki hat vorgeschlagen: Errichtung von Vertretungsorganen, denen die Organisation und die Festhaltung derjenigen Minderheiten übertragen werden soll, unter denen von uns einwillen rein theoretisch konzipierte Volksabstimmungen oder Volksabstimmungen auf breiterer Basis folgen sollen, während wir auf dem Standpunkt stehen und stehen bleiben müssen, daß mangelnder anderer Vertretungsorgane die vorhandenen und historisch gewordenen Vertretungsorgane präsumptiv der Ausdruck des Volkswillens sind, besonders in der einen vitalen Frage des Willens der Nation, eine Nation zu sein.

In der hieran sich anschließenden Debatte über den Charakter und die Bedeutung der in den besetzten Gebieten funktionsfähigen Vertretungsorgane wies Staatssekretär von Kühlmann und Minister des Reichs Graf Czernin darauf hin, daß nach ihrem Verständnis bei der russischen Delegation während der im Dezember geschlossenen Verhandlungen die Meinung vorhanden gewesen sei, die in den besetzten Gebieten bestehenden Volksvertretungen als de facto Vertretungen anzuerkennen und zu präsumieren, daß ihre Beschlüsse als solche den Willen der betreffenden Völker zum Ausdruck brächten. Man habe sich damals dahin verhalten, daß in einer solchen provisorischen Lösung der Frage, welches der Wunsch der betreffenden Völker hinsichtlich ihrer staatlichen Angehörigkeit sei, ein großer Schritt zum gemeinsamen Ziele gemacht werden könnte. Herr Trojki, welcher die damaligen Besprechungen führte, erwiderte hierauf, er habe stets die Notwendigkeit betont, die Volksabstimmung in Abwesenheit der okkupierenden Truppen durchzuführen, doch wolle er nicht in Abrede stellen, daß er gelegentlich erklärt habe, die in einzelnen Teilen Rußlands bestehenden Organe könnten für die Begründung der Notwendigkeit einer Volksabstimmung allerdings eine gewisse Rolle spielen.

Anschließend hieran bemerkte Herr Trojki, daß die Willensäußerungen solcher Landtage allerdings große politische Bedeutung besäßen. Er wolle den Teil der Bevölkerung eines Landes von der Willensäußerung nicht ausschließen, der auf den Landtagen vertreten sei.

Zusammenfassend stellte Staatssekretär von Kühlmann fest, daß sich aus den Ausführungen des Herrn Trojki zu ergeben scheine, er wäre bereit, die in den besetzten Gebieten vorhandenen Organe der Volksvertretung als provisorische Organe anzuerkennen, wenn diese Landtage nicht militärisch besetzt wären, und er würde diesen dann auch die Befugnis zuerkennen, das von ihm geforderte Referendum durchzuführen.

Herr Trojki erklärte hierauf, daß Äußerungen von Landtagen, Stadtvertretungen und dergleichen als Äußerungen des Willens eines bestimmten, einflussreichen Teiles der Bevölkerung aufgefaßt werden könnten, die aber nur Grund zur Annahme bildeten, daß das betreffende Volk mit seiner staatlichen Position unzufrieden sei. Hieraus ergab sich die Schlussfolgerung, daß ein Referendum eingeholt werden müsse, worauf die Schaffung eines Organs Vorbedingung sei, das die freie Abstimmung der Bevölkerung garantieren könne.

Im weiteren Verlaufe der Besprechungen behauptete Herr Trojki, daß

zwischen den Erklärungen der Zentralmächte vom 25. Dezember und der Formalisierung der Punkte 1 und 2 vom 27. Dezember ein Widerspruch

bestehe, der aus den Kommentaren deutscher Presse übrigens deutlich hervorgehe.

Staatssekretär von Kühlmann erklärte demgegenüber, daß beide Dokumente Ausflüsse desselben Geistes und derselben Politik seien, wie sie der Reichskanzler in seiner programmatischen Rede im Reichstag angekündigt habe. Diese Rede habe im Grunde bereits die Deklaration der Verbündeten vom 25. Dezember enthalten und ebenso auch den Hinweis gebracht, daß die deutsche Politik ihre Beziehungen zu

Polen, Litauen und Kurland

unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu pflegen beabsichtige. Des weiteren stellte sich Staatssekretär von Kühlmann auf den Standpunkt, daß die nach Absonderung strebenden Teile Rußlands nach Aufgabe der Willensäußerungen der schon bestehenden Organe jetzt schon berechtigt seien, Verabredungen zu treffen, die sie für ihre Zukunft für gut und nützlich hielten. Sollten sich in diesen Verabredungen Verfügungen hinsichtlich der Vornahme von Grenzkorrekturen finden, so sei es nicht einleuchtend, warum

diese Gebiete in diesen Fragen nicht ebenso frei sein sollten zu tun, was ihnen beliebt, wie in anderen.

Herr Trojki glaubte in dieser Auffassung eine Untergrabung des Grundlages der Selbstbestimmung erblicken zu müssen und warf die Frage auf, warum denn die Organe der fraglichen Völkerstaaten dann nicht zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk eingeladen worden seien, wenn sie sogar das Recht haben sollten, über Gebietsziele zu verfügen. An eine solche Teilnahme der Vertreter dieser Völker an den Verhandlungen werde aber natürlich nicht gedacht, weil eben diese Nationen nicht als Subjekte, sondern als Objekte der Verhandlungen betrachtet würden.

In Erwiderung auf diese Bemerkungen führte Staatssekretär von Kühlmann aus: Der Herr Vorsitzende hat sich darüber beklagt, daß wir hier noch keine Vertreter der besprochenen Nationen bei den Verhandlungen haben. Wenn er damit zum Ausdruck bringen wollte, daß auch nach seiner Ansicht diese Volksindividuen nunmehr geschaffen sind und das Recht der Selbstbestimmung ihrer auswärtigen Beziehungen ausüben können, so bin ich meinerseits bei rückhaltloser Anerkennung dieser Voraussetzung von Seiten der russischen Delegation ganz bereit, den Gedanken zu diskutieren, ob und in welcher Form eine Beteiligung von Vertretern der fraglichen Nationen an unseren Besprechungen sich ermöglichen ließe.

Minister Graf Czernin äußerte gleichfalls seine Bereitwilligkeit, der Frage der Heranziehung von Vertretern der besprochenen Gebiete näher zu treten, fügte aber hinzu, er wüßte zu wissen, in welcher Weise die Auswahl dieser Vertreter getroffen werden sollte, wenn russischerseits die in diesen Gebieten bestehenden Vertretungsorgane nicht als berechtigt angesehen würden, im Namen der von ihnen vertretenen Nationen zu sprechen.

Herr Trojki beantragte hierauf, mit Rücksicht auf die letzten in der Nachmittagsitzung vom 11. Januar abgegebenen außerordentlich wichtigen Erklärungen der Vertreter der Mittelmächte die Sitzung zu vertagen, um es der russischen Delegation zu ermöglichen, eine Beratung abzuhalten und sich mit ihrer Regierung ins Benehmen zu setzen.

In der Sitzung vom 12. Januar revidierte Staatssekretär von Kühlmann das Ergebnis der vorhergegangenen Beratungen und bemerkte abschließend:

Wir haben der Anspannung Ausdruck gegeben, daß die an der Westgrenze des ehemaligen russischen Reiches wohnenden Völkerstaaten bereits in einer für uns maßgebenden Weise den Willen, selbstständig zu sein, kundgegeben haben. Auf eine vom Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation gegebene Anregung hin, haben wir auch den Gedanken für vollkommen diskutierbar erklärt, ob und unter welchen Bedingungen diese neuen Staaten an den Friedensverhandlungen beteiligt werden könnten. Wir sind aber durch die russische Delegation noch nicht darüber aufgeklärt worden, ob ihrer Ansicht nach diese Staaten als selbstständige Rechtspersönlichkeiten bereits bestehen, mithin, ob sie, um einen von der russischen Delegation gebrauchten Ausdruck zu wiederholen, als Subjekte an der Diskussion sich bereits beteiligen können, oder sie bis auf weiteres nur als Objekte der Staatspolitik betrachtet werden sollen. Ich wäre darüber, wenn von Seiten der russischen Delegation diese Frage in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise beantwortet werden könnte.

Darauf die zur Diskussion stehende Frage eingegangen, hat hierauf Herr Trojki, dem Delegierten Kameneff das Wort zu erteilt.

Herr Kameneff führte aus: Die russische Delegation sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß es zur Vermeidung jedes Mißverständnisses notwendig wäre, die bisherige Arbeitsmethode gewissen Änderungen zu unterziehen. Sie schlagen vor, daß beide Seiten in einer juristischen Zusammenfassung ihre während der Diskussion entwickelte Auffassung darlegen.

In Ausführung dieses Vorschlages stellte die russische Delegation fest, sie sei nicht in der Lage, als Ausdruck des Volkswillens der okkupierten Gebiete, die Erklärungen anzuerkennen, die von dieser oder jener sozialen Gruppe oder Einrichtung gemacht worden seien, insoweit diese Erklärungen unter dem Regime der fremden Okkupation erfolgten und von Organen ausgingen, deren Rechte nicht von der Volkswahl herrühren, und die überhaupt ihr Leben in dem Rahmen führen, der den Wünschen der militärischen Okkupationsbehörden widerstreift. Die Delegation stellte fest, daß während der Okkupation nirgends, weder in Polen noch in Litauen noch in Kurland, irgendwelche demokratisch gewählten Organe weder gebildet werden konnten, noch existieren, die mit irgendwelchem Rechte darauf Anspruch erheben könnten, als Ausdruck des Willens dieser Kreise der Bevölkerung zu gelten. Was das Wesen der Erklärung aber das Streben zur vollen staatlichen Unabhängigkeit anbetreffe, so erkläre die russische Delegation:

1. Aus der Tatsache der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Reich des früheren russischen Kaiserreiches zieht die russische Regierung keine Schlüsse, die irgendwelche staatsrechtliche Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik auslösen würden. Die alten Grenzen des früheren russischen Kaiserreiches, die Grenzen, die durch Gewalttaten und Verbrechen gegen die Völker gebildet wurden, insbesondere gegen das polnische Volk, sind zusammen mit dem Zarismus verschwunden. Die neuen Grenzen des brüderlichen Bundes der Völker der russischen Republik sind der Völker, die außerhalb ihres Rahmens bleiben wollen, müssen gebildet werden durch einen freien Entschluß der entsprechenden Völker.

2. Deswegen besteht für die russische Regierung die Grundaufgabe der jetzt geführten Verhandlung nicht darin, in irgendwelcher Weise das weitere zögernde Verbleiben der genannten Gebiete in dem Rahmen des russischen Reiches zu verteidigen, sondern in der Sicherung der wirklichen Freiheit der Selbstbestimmung der inneren Staatsentwürfen und internationalen Lage der genannten Gebiete. Nur dann wird sich die russische Republik gefestigt fühlen vor dem Hintertreiben in irgendwelche territoriale Streitigkeiten und Konflikte, wenn sie überzeugt sein wird, daß die Völker, die sie von ihren Nachbarn trennt, gebildet ist durch den freien Willen der Völker und nicht durch die Gewalt von oben, die nur für kurze Dauer diesen Willen unterdrücken konnte.

3. Die so verstandene Aufgabe setzt voraus die vorhergehende Befreiung Deutschlands und Osterr.-Ungarns von der einen, Rußlands von der anderen Seite über vier Hauptpunkte in bezug auf den Umfang des Territoriums, dessen Bevölkerung herinnen sein wird, das Selbstbestimmungsrecht auszuüben; in bezug auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, bei welchen die Lösung der Frage von den staatlichen Geschehnissen der entsprechenden Territorien

An unsere werten Abonnenten!

Durch den starken Schneefall in der Nacht vom Sonntag zum Montag sind dem Transport unserer Zeitung Hindernisse erwachsen...

Die Ausschussberatung der Wahlrechtsvorlage.

Die Obstruktion gegen das gleiche Wahlrecht.

Der Kampf der Wahlrechtsgegner ist in ein Stadium getreten, das in weitesten Kreisen des Volkes herrschende Erbitterung in Empörung verwandelt hat...

Die Anhänger des gleichen Wahlrechts, Fortschrittler und Sozialdemokraten, befehligen sich der größten Zurückhaltung, auch die Polen und das Zentrum greifen nur selten in die Debatte ein...

Dritter Tag der allgemeinen Besprechung. In der Montagtagung erklärte ein Freikonservativer, die Herrenhausvorlage müsse zuerst beraten werden...

Minister des Innern Dr. Drews wiederholt, daß die Einführung des gleichen Wahlrechts im Staat nicht auch das gleiche Wahlrecht in der Gemeinde bedinge...

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig. Das blasse Fräulein Dietrich wurde wieder rot und schlug die Augen nieder. 'Ich sehnte mich so. Davon bin ich nervös geworden. Immer Kopfweh. Und dann so matt. Sie seufzte.

nisse im Osten nach Einführung des gleichen Wahlrechts im Osten gegeben hat. Gerade diese Wirrungen im Osten tufen die schwersten Bedenken hervor...

ein Zeichen des Bankrotts einer Regierung sei, wenn sie die Feinde zu gewinnen und die Freunde vor den Kopf zu stoßen luche. Der Redner sagt hinzu, man könne abwarten, ob diese Bankrotterklärung schon jetzt ausgesprochen werden soll...

aus dem sich noch weitere Gefahren ergeben könnten. Das Mißtrauen werde sich dann auch gegen die Regierung richten, die sich für eine schleunigere Erledigung der Reform ins Zeug legen müßte.

Ein konservativer erklärte, es gehe jetzt um das Ganze. Ein demokratisches Abgeordnetenhaus würde auch mit dem Gemeindevahlrecht kurzen Prozeß machen und dann — Finis Borussia! (Preußens Ende)!

der Drang nach dem gleichen Wahlrecht im Volke so stark ist, daß dessen Verletzung unser inneres Staatsleben schwer gefährden müsse. In der Dismark würde die Regierung das Deutschtum in jeder Weise schützen, aber die Repressivmaßnahmen gegenüber den Polen erheblich einschränken.

Ein Nationalliberaler fordert die Begrenzung der Mitgliederzahl des Herrenhauses, damit nicht durch Vererbung auch

nach ein radikales Herrenhaus geschaffen werde. Die Vorwagnahme der Herrenhausvorlage sei keine Verschleppung. Ein Zentrumstredner wünscht, daß die Zustimmungsgewalt der drei Entwürfe durch ein Mantelgesetz oder durch eine Bestimmung zum Ausdruck komme...

Groß-Berlin

Das kommt vom Prophezeien.

Berlins Bürgermeister hat entschieden Rech. Seitdem er sich in seiner letzten großen Rede aufs Prophezeien legte und höchstens acht Schneefälle für den Winter in Aussicht stellte, ist uns der liebe Gott abwechselnd Schnee, Tauwetter, leichten Frost und dann wieder Schnee und so geht es in endloser Kette weiter...

Doppelte Straßenbahnschaffner?

Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft erwägt, ob sie nicht auf starkbenutzten Straßenbahnlinien in den Stunden des größten Andranges die großen Wagen mit zwei Schaffnern besetzen soll. Sie ist diesem Gedanken näher getreten, weil bei Wagenüberfüllung die Schaffner und besonders die Schaffnerinnen kaum noch die Mäßen des Hin- und Herrens zwischen der hinteren und der vorderen Plattform zu bewältigen vermögen...

„Rein, bloß Gretchen“ — Gretchen, wie es im Faust steht. Sie kennen doch Faust? „Rein.“ „Den borg ich Ihnen. Den müssen Sie lesen. Den lese ich zu gern. Ich lese überhaupt viel — immer des Nachts. Biel zu viel, sagt der Doktor. Was soll ich machen, wenn ich doch nicht schlafen kann?! Der Telephondienst macht schrecklich nervös. Und denn der Krieg. Früher war ich ganz gesund — aber seitdem!“

genährt, und Margarete auf einem niedrigen Schemelchen, das den Dombrowskischen Kindern gehörte, hatte den Kopf an Gertruds Antlitz gelehrt und den Kleinen auf dem Schoß gehalten. „Lassen Sie mich doch halten, bitte, bitte!“ Sie vergoß bittere Tränen über der Freundin Gesicht, sie konnte nicht genug davon hören. „Ach, erzählen Sie — und als Sie's ihm nun sagten, was sagte er da? Nicht kriegsdrinnen lassen wollte er sich, trotzdem?“

ite mit der Straßenbahngesellschaft und ihrem Schaffnerpersonal... Die Ursachen der schlechten Fleischbeschaffenheit.

Zu den Klagen über die geringwertigkeit des jetzt für Groß-Berlin gelieferten Schlachtviehs wird und von unferrieheter Seite folgendes mitgeteilt:

Wenn die Mäie des jetzt von den Fleischhändlerverbänden zur Fleischversorgung Groß-Berlins gelieferten Rindviehs zu wünschen übrig läßt, so ist die Ursache hierfür in den schlechten Zeiten zu suchen. Der Futtermangel ist so groß, daß die Tiere nur notdürftig durchgefedert werden können.

Kartoffelversorgung.

Derjenigen Personen, bis in der vergangenen Woche ihre sechs Pfund Kartoffeln auf die Abchnitte 2a-1 noch nicht voll erhalten haben, können diese auch in der laufenden Woche vom Kleinbändler noch entnehmen.

Familienunterstützungen für kriegsgetraute Ehefrauen, die unmittelbar nach der Eheschließung unterstühtungsbedürftig werden, sind nach einem neueren Erlass des Ministers des Innern von demjenigen Versorgungsverband zu zahlen, in dem die Ehefrau vor der Eheschließung ihren gewöhnlichen Aufenthalt gehabt hat.

Lungenfürsorge.

Am der Wellher Heilstätte hat die Landesversicherungsanstalt Berlin eine Kinder-Erholungsstätte eingerichtet, in der etwa 44 Knaben und 26 Mädchen im Alter von 6-14 Jahren Aufnahme finden können.

Ausgabe der Reichs-Seifenkarten.

Gleichzeitig mit den neuen Brot- und Nahrungsmittelformen, die in diesen Tagen zur Ausgabe gelangen, kommen auch die neuen Seifenkarten, die für die Monate Februar bis einchl. Juli 1918 Geltung haben, zur Verteilung.

Postwechsel. Bei Briefen usw. mit Rücksicht kann der Absender statt der blauen Rückschreibarten mit Rückleiste auch die roten Rückschreibarten anhängenden selbstbraunen Postkarten verwenden.

Sitzung des Zweigverbandsauschusses. Der Vorsitzende des Verbandes Groß-Berlin, Oberbürgermeister Weismuth, hat die Mitglieder des Verbandsauschusses für Montag, den 21. Januar, zu einer Sitzung nach dem Berliner Rathaus eingeladen.

Über Staats- und Gemeindefiskalmittel wird der Reichstags-Abg. Dr. S. d. e. k. u. m. am 20. d. Mts. einen Vortrag für die Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter der Stadt Berlin halten.

Zu dem Revolververstoß in der Wollfater Straße. Die Vermutung, daß ein unter eigenmächtigen Umständen in seiner Wohnung in der Ritzbierstraße tot aufgefundenen Schlosser Robert Bauer einer der Mörder sei, hat sich bestätigt.

50 000 Mark Papiergeld erbeutete ein Dieb Sonntag nachmittag. Gegen 1/2 Uhr botte ein Kassenwagen der Firma W. Singer, der vom Hofbräuhaus in der Leipziger Straße kam, vor dem Hause Saandbröder Straße kurzen Aufenthalt.

Wegen versuchten Mordversuchs verhaftet wurde die Ehefrau Anna des Metzgermeisters Diener aus der Pasturstraße. Die Frau, welche seit fast zwei Jahrzehnten in einer von ungünstigen Ebe, aus der fünf Kinder hervorgingen, bis alle noch bei den Eltern wohnen.

Zu dem Ueberfall auf einen Schuhmann, der vor 14 Tagen aus der Vorgänger Straße gemeldet wurde, wird jetzt weiter berichtet, daß der entflohenen Dieb ein 32 Jahre alter Händler Max Wild, ein fahnenflüchtiger Soldat war.

Lichtenberg. Stadtverordnetenversammlung. In der Sitzung am Donnerstag erfolgte die Einführung der neu gewählten Stadtverordneten, des Architekten Friedrich und unseres Honorar-Kaufmanns. Bei den Wahlen zum Bureau wurde wiedergewählt Vorsitzender Danneberg und Genosse John als Vorsitzender bzw. Stellvertreter.

Die Vorlage bezüglich der Baar- und Leihungsgesetze lagen am Stand wiederum auf der Tagesordnung, weil der Magistrat wie Genosse John in der letzten Sitzung vorausgelagt hatte nicht in der Lage war, die einzelnen Zulagen den aufgestellten Gruppen zuzuteilen.

Sobann kam eine von den Unabhängigen gestellte und von W. i. z. e. begründete Anfrage zur Besprechung, die sich mit der Anordnung des Kartoffelbeschlages beschäftigte, wonach in den städtischen Speiseanstalten ein halbes Pfund Kartoffeln in Naturalien abgegeben sei, wenn ein gültiger Kartoffelbeschlageschein nicht vorgelegt werden könne.

Nach einer kurzen gemeinsamen Sitzung nahm die Versammlung nochmals Stellung zur Wahl der Provinziallandtags-Abgeordneten. Wie seinerzeit berichtet, hat der Provinzialauschuss bei der Bestellung der Abgeordneten die Einwohnerzahl des im Jahre 1910 noch nicht eingemeindeten Vorortes Rummelsburg unberücksichtigt gelassen.

Lichtenberg. Lebensmittel. In dieser Woche können auf die Kartoffelkarte 5 Pfund Kartoffeln entnommen werden. 2 Pfund sind der eisernen Nation zu entnehmen.

Blumenmarkt. Lebensmittel. Die Abchnitte 80-82 der ausgegebenen Zuckerkarten sind ungültig. Dafür wird mit den neuen Brot-, Fleisch- usw. Karten eine neue Zuckerkarte mit den Abchnitten 88-89 abgegeben.

Neumärkte. Lebensmittel. Die Abchnitte 80-82 der ausgegebenen Zuckerkarten sind ungültig. Dafür wird mit den neuen Brot-, Fleisch- usw. Karten eine neue Zuckerkarte mit den Abchnitten 88-89 abgegeben.

Neumärkte. In der letzten Gemeindefiskalprüfung teilte der Bürgermeister mit, daß die Gemeindefiskalrechnung (2. Abt.) und Osmer (3. Abt.) ihr Amt niedergelegt haben.

Neumärkte. In der letzten Gemeindefiskalprüfung teilte der Bürgermeister mit, daß die Gemeindefiskalrechnung (2. Abt.) und Osmer (3. Abt.) ihr Amt niedergelegt haben.

an die Gemeinde und Ausgleich der Kohlensteuer, wurde für eine spätere Sitzung zurückgeschickt. Am Schluß der Sitzung wandte sich G. M. Schneider gegen das vielfach in Vereinen und der Öffentlichkeit verbreitete Gerücht, als ob die Gemeinde infolge günstiger Jahresabläufe geradezu im Gelde schwimme.

Neumärkte. Lebensmittel. Die Bezugsberechtigten von Osterkochen für Kinder, Kranke und Personen über 70 Jahre erhalten jetzt ihre Ware bei dem Kaufmann Niepergasse, Lindenstr. 81.

Neumärkte. In der Judenfundenliste müssen bis spätestens morgen Abend auf Abschnitt 60 der Lebensmittelliste bei einem Kleinbändler erfolgt sein. Einwohner, die auf den Abschnitt 80 der Judenliste und auf Abschnitt 14 der Rinderzuckerliste Juden nicht erhalten haben, müssen diese Abchnitte spätestens nach heute bei dem Kleinbändler, bei dem sie den Juden beziehen wollten, abgeben.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. und 3. Wahlkreis. Heute Abend 8 Uhr in Willes Festsaal, Sebastianstr. 80: Wahlrechtsversammlung. Landtagsabg. Otto Braun spricht über „Frieden, Brot und gleiches Recht“.

Soziales.

Streitiges über die Reichswochenhilfe.

Wenn der Ehemann einer Wöchnerin, der vor dem Eintritt in den Kriegsdienst verheiratet gewesen ist, nach dem Eintritt in den Kriegsdienst eine Stellung erlangt, in der er versicherungsfrei sein würde, so ändert dies an dem Anspruch auf Wochenhilfe nichts. So hat das Reichsversicherungsamt entschieden.

Berichtszeitung.

Wegen Landfriedensbruch verurteilt.

Als Räubersführerin bei einer als Landfriedensbruch angelegenen Zusammenrottung unter den Linden soll sich die 50jährige Arbeiterin, Witwe Luise Steiniger geb. Sommer betätigt haben, welche aus der Untersuchungshaft, in der sie sich über neun Monate befand, dem Schwurgericht des Landgerichts I dorgeführt wurde.

Aus aller Welt.

Beim Schneeschmelzen verunglückt.

Am 11. Januar. Am Sonnabendmorgen ereignete sich auf der Straße Deutsch-Tarnow ein Eisenbahnunglück. Bei Rufe sollten die Schneemaschinen vom Gleis geschafft werden; daran arbeitete eine Gruppe von Frauen.

Jugendveranstaltungen.

Weißensee. Arbeiterjugend. Das Jugendheim in der Charlottenburger Straße 3, So. Tassestraße (Neuhagen Straße), ist von jetzt ab Montag und Donnerstags von 7-10 Uhr abends geöffnet.

Eingegangene Druckschriften.

Der große Fischzug. Von Karl Godmann. 2.50 M. - Aus allen Gauen und von kleinen Teuten. Von Hans Küller-Schäfer. 1 M. - Gebichte. Von Gertrud Kolmar. 2 M. - Die Rabeninsel. Von Robert Goltz. 2.50 M. Verlag Eugen Neißel u. Co., Berlin. Gedächtnis hat Gefangnis. Von Georg Demberg. 1 M. Gedruckt bei G. Müller.

Briefkasten der Redaktion.

G. S. 100. Die Wieselsche möchte Ihnen trotzdem...

2. Für den Mann besteht keine Vorzeitigkeit...

Sie könnten nur dem Ziel eine angenehme Zeit zur...



Sin Blick

C & A

in eines unserer vielen und ausge- dehnten Schaufenster gewügt...

Königsstr. 33 Chausseestr. 113

Countags geschlossen!

Direktion Max Reinhardt. Deutsches Theater. 7 Uhr: Der Bettler.

Theater für Dienstag, 15. Januar. Central-Theater Kommandantenstraße 97.

Neues Operettenhaus Schiffstr. 4a. Kasselerstr. 201.

Busch Tägl. 7 1/2 Uhr. 8 1/2 u. 7 1/2 U. Fri. Martha Mohnke.

Die Befestigung des Obermanns in den Marken...

Ein Freitag, den 11. Januar, nach dem...

WINTERGARTEN Anita Berber Trude Hesterberg.

Kleines Theater 7 1/2 Uhr: Geldzauber. Komische Oper 7 1/2 U.: Schwarzwalddädel.

Zirkus Krone Viktorin-Theater (früher Sanssouci).

Ungעהnte Erwerbs-Möglichkeiten Metel die nächste Zukunft.

Sozialdemokrat. Verein für Berlin II. Mittwoch, den 16. Januar, abends 8 Uhr.

Charlotte Meineke geb. Nowack im Alter von 76 Jahren.

Zirkus A. Schumann Bahnhof Friedrichstraße.

URANIA 8 Uhr: Der Siegeszug nach Venetien.

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Der Heiratskandidat.

geschulte Kräfte gesucht mit. Angehörige technischer Berufe.

Das freie Wahlrecht und die Arbeiter. Freie Diskussion.

Starbe- und Kranken-Unterstütz.-Kasse 55. Dienstag, den 22. Januar.

Palast Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2.

Apollo Friedrichstr. 218. 7 1/2, 12 Attraktionen.

Reichshallen-Theater. Allabendlich 7 1/2, und Sonntag nachmittags 3 Uhr.

Jeder sein eigener Schornsteiner! Anleitung hierzu pag. 70 3/4.

Freie Volksbühne Donnerstag, den 17. Januar, abends 8 1/2 Uhr.

Zwei Stuben und Küche von 25 M. an zu vermieten.

Voigt-Theater. 7 1/2, 8 1/2, 9 1/2, 10 1/2, 11 1/2.

Schwarzer Kater Friedrichstr. 165. Ecke Behrenstraße.

Jeder sein eigener Schornsteiner! Anleitung hierzu pag. 70 3/4.

Zigaretten 1000 IC - 42 M. 1000 ID - 61-62 M.

Spezialarzt Dr. med. Coleman mit Husten anfallen und starker Verschleimung.

Weißkohl solange die Bezüge noch reichen.

Admiralspalast 7 1/2 Uhr: Deutsche Tänze von Schubert.

Berliner Konzerthaus Mauerstraße 22. Zimmerstraße 90/91.

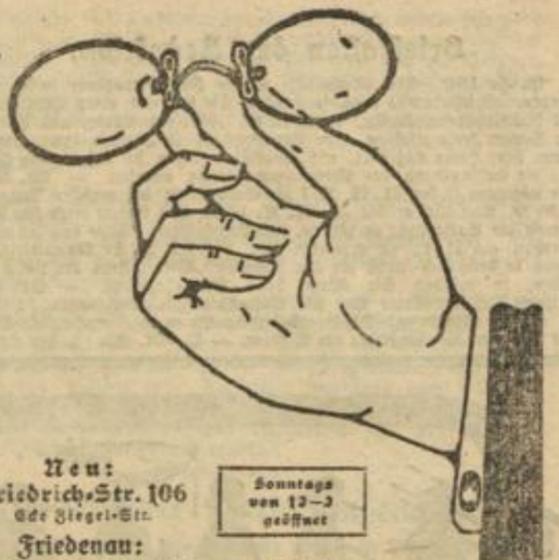
Jeder sein eigener Schornsteiner! Anleitung hierzu pag. 70 3/4.

Zigaretten-Fredy Zigaretten-Vertreib Norden.

Generalversammlung. Tagesordnung: Geschäftsbericht über den Stand des Verbandes der Freien Volksbühnen.

Verteilungskellen: Kopenhagener Straße 4 (beim Ringbahn).

Vom vorzeitigen Altern.



Die ersten Anzeichen sind Kitzeln und Krabbenfüße. Diese aber kommen weniger oft von Summer und Sorge als von Ueberanstrengung der Sehkraft. Selbst kleine Fehler der Augen führen zu einem jähdigen unheimlichen Anspannen der Augenmuskeln und Krämpfen, wobei man unwillkürlich die Augen zusammenkneift. Dadurch aber bilden sich Runzen und Runzeln auf der Stirn und um den Augen, die sich mit der Zeit tief einprägen.

Da aber trotz der Anstrengung der Augen das Sehen nicht vollkommen wird, so sind Kopfschmerzen, Augenbeschwerden und Nervosität die Folge. Bald tritt jene nervöse Kitzelhaftigkeit der Gesichtslänge ein, die ganz besonders frühzeitig alt erscheinen läßt. Wollen Sie recht lange jung und frisch erscheinen, Wollen Sie leben und arbeiten können ohne schnell müde zu werden, wollen Sie Ihre Kräfte schonen und

sich vor Kopfschmerzen, soweit solche von den Augen herrühren, bewahren, so kommen Sie zu uns und lassen Sie sich jetzt genau passende Gläser anfertigen. Die Augenuntersuchung ist kostenlos. Wir garantieren für Rosten der Gläser und was ebenso wichtig ist, für guten Sitz. Unsere Dienste geben aber noch weiter, denn wir garantieren für unsere Einfassungen von R 8.50 aufwärts (ohne Gläser) 2 und 3 Jahre und machen Ihnen in dieser Zeit alle Reparaturen umsonst. Ausgenommen davon ist Verfall der Gläser, der Horn- und der Schildpatt-Teile. Ja, selbst wenn die garantierte Fassung, sei es auch durch Ihre eigene Schuld, so zerbrochen wird, daß eine Reparatur nicht mehr lohnt, so erhalten Sie gleichwertigen Ersatz umsonst.

Optiker Ruhnke

Sind's die Augen, ach! zu Ruhnke!

- C.** Am Alexander-Platz neben Bisinger Spittelmarkt, Ecke West-Str.
- W.** Leipziger Str. 113, Ecke Meuer-Str.
- NW.** Friedrich-Str. 150, Ecke Dorotheen-Str.
- N.** Chaussee-Str. 72, Invaliden-Str. 164, Ecke Brunnen-Str.
- Charlottenburg:** Tauentzien-Str. 15, Ecke Warburger Str.
- Joachimsthaler Str. 2,** am Bahnhofs 300
- Friedenau:** Rhein-Str. 18, Ecke Kirch-Str. gegenüber der Kaiser-Eiche
- Wilmersdorf:** Berliner Str. 132-33, a. h. Uhlenb-Str.
- Schöneberg:** Haupt-Str. 21 am Kaiser-Wilhelm-Platz

J. F. Rauch

Invalidenstr. 104, Friedrichstr. 11
la Jamaica-Rum-Verschnitt. Fl. 27
la Cognac-Verschnitt. Fl. 27
Feinstes Obstschamwein,
wundervoll Qualit. Fl. 5.50
Lokretia Damen-Lieder 1/2 Fl. 9.75
Milder Cherry-Brandy 1/2 Fl. 9.95
Vorzüglicher Bordeaux-Rotwein
Vorzüglicher Burgunder-Rotwein
Kraft Mustange-Rotwein Fl. 7.50

Polmann, Sandagist,

Berlin N.
Lothringer Str. 60,
Lieferant für Krankenkassen.

Spezial-Arzt

Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90
Behandlung von Syphilis, Haut-
krankh., Frauenleiden, Herz-
krankh., Gicht, Schilddrüse-
krankh., Ischämie, ärztliche Be-
handlung ohne Berufsunfähig-
keitsuntersuchung. Wäg. Freie.
Tagesklinik. Sprechstunden 10
bis 1 und 6-8, Sonnt. 11-1

Winterstrümpfe

Warm Uckostrumpf billig
fertigen Sie sich aus alten Lappen und flicken selbst an.
Genaue Anleitung mit Schnittmuster, für Frauen
und Kinder in 11 verschiedenen Größen sowie
Männersocken, in allen durch Plakate kenntlichen
Geschäften zu haben.
Anfr. v. Wiederv. an Stadtvertreter Kützer, Eisenacher
Straße 84. 1802*

Spezialarzt

Dr. med. Wockenau,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.)
für Syphilis, Haut- u. Frauenleiden
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10T.),
Blutuntersuch. Schnell-, sichere
schmerzlos. Heilung ohne Berufs-
untersuchung. Tägliche. 12/12
Sprechstund.: 11-1 u. 6-8

Spezialarzt

Dr. med. Laabs
bek. schnell, gründl., mögl.
schmerzlos u. ohne Berufs-
untersuchung. Geschlechtskrankheit, geheime
Haut-, Haut-, Frauenleiden,
Schwäche, Erprobte Methoden
Ehrlich-Hata-Kuren, Haut- u.
Blutuntersuchung
Königstr. 84/88, Bahnhof
Epr. 10-11 u. 6-8, Sonnt. 10-1

Verkäufe

Bestes, Schaffelputter, gu-
ter Indigo, billig abgegeben.
Haupt-Bezug, Kaiser-Wilhelm-
Straße 16, beim Alexander-
platz. 812*

Handelshaus, Hermanns-

platz 6. Hochauswahl! Pelp-
schmied! Schmiedungen, Stands-
matten, Kleinfische, Kettische,
neue Herrnpolster, Teppich-
stoffe, Teppichböden, Teppich-
verkauf, Uhrenverkauf, Polster-
verkauf! Schöne! 1018*

Spezial-Arzt

Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90
Behandlung von Syphilis, Haut-
krankh., Frauenleiden, Herz-
krankh., Gicht, Schilddrüse-
krankh., Ischämie, ärztliche Be-
handlung ohne Berufsunfähig-
keitsuntersuchung. Wäg. Freie.
Tagesklinik. Sprechstunden 10
bis 1 und 6-8, Sonnt. 11-1

Kaufgesuche

Wollstoffe per Gramm bis
7.50 Mark, Ketten, Ringe,
Bretter, Uhren, Taschlöffel,
Treffen, Rüst- und Zellulose-
abfälle, photographische Ab-
fälle, alte Nähmaschine, sel-
tenes Silber, deren Rück-
stände und Gefüge usw. kauf
Platin- und Silbergeschmelze
Kauf, Berlin, Köpenickerstr. 29,
Telephon Köpenick 3470.
Eigene Schmelze, direkte Ver-
wertung. 171*

Spezialarzt

Dr. med. Wockenau,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.)
für Syphilis, Haut- u. Frauenleiden
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10T.),
Blutuntersuch. Schnell-, sichere
schmerzlos. Heilung ohne Berufs-
untersuchung. Tägliche. 12/12
Sprechstund.: 11-1 u. 6-8

Spezialarzt

Dr. med. Laabs
bek. schnell, gründl., mögl.
schmerzlos u. ohne Berufs-
untersuchung. Geschlechtskrankheit, geheime
Haut-, Haut-, Frauenleiden,
Schwäche, Erprobte Methoden
Ehrlich-Hata-Kuren, Haut- u.
Blutuntersuchung
Königstr. 84/88, Bahnhof
Epr. 10-11 u. 6-8, Sonnt. 10-1

Verkäufe

Bestes, Schaffelputter, gu-
ter Indigo, billig abgegeben.
Haupt-Bezug, Kaiser-Wilhelm-
Straße 16, beim Alexander-
platz. 812*

Handelshaus, Hermanns-

platz 6. Hochauswahl! Pelp-
schmied! Schmiedungen, Stands-
matten, Kleinfische, Kettische,
neue Herrnpolster, Teppich-
stoffe, Teppichböden, Teppich-
verkauf, Uhrenverkauf, Polster-
verkauf! Schöne! 1018*

Spezial-Arzt

Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90
Behandlung von Syphilis, Haut-
krankh., Frauenleiden, Herz-
krankh., Gicht, Schilddrüse-
krankh., Ischämie, ärztliche Be-
handlung ohne Berufsunfähig-
keitsuntersuchung. Wäg. Freie.
Tagesklinik. Sprechstunden 10
bis 1 und 6-8, Sonnt. 11-1

Kaufgesuche

Wollstoffe per Gramm bis
7.50 Mark, Ketten, Ringe,
Bretter, Uhren, Taschlöffel,
Treffen, Rüst- und Zellulose-
abfälle, alte Nähmaschine, sel-
tenes Silber, deren Rück-
stände und Gefüge usw. kauf
Platin- und Silbergeschmelze
Kauf, Berlin, Köpenickerstr. 29,
Telephon Köpenick 3470.
Eigene Schmelze, direkte Ver-
wertung. 171*

Spezialarzt

Dr. med. Wockenau,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.)
für Syphilis, Haut- u. Frauenleiden
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10T.),
Blutuntersuch. Schnell-, sichere
schmerzlos. Heilung ohne Berufs-
untersuchung. Tägliche. 12/12
Sprechstund.: 11-1 u. 6-8

Spezialarzt

Dr. med. Laabs
bek. schnell, gründl., mögl.
schmerzlos u. ohne Berufs-
untersuchung. Geschlechtskrankheit, geheime
Haut-, Haut-, Frauenleiden,
Schwäche, Erprobte Methoden
Ehrlich-Hata-Kuren, Haut- u.
Blutuntersuchung
Königstr. 84/88, Bahnhof
Epr. 10-11 u. 6-8, Sonnt. 10-1

Verkäufe

Bestes, Schaffelputter, gu-
ter Indigo, billig abgegeben.
Haupt-Bezug, Kaiser-Wilhelm-
Straße 16, beim Alexander-
platz. 812*

Handelshaus, Hermanns-

platz 6. Hochauswahl! Pelp-
schmied! Schmiedungen, Stands-
matten, Kleinfische, Kettische,
neue Herrnpolster, Teppich-
stoffe, Teppichböden, Teppich-
verkauf, Uhrenverkauf, Polster-
verkauf! Schöne! 1018*

Spezial-Arzt

Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90
Behandlung von Syphilis, Haut-
krankh., Frauenleiden, Herz-
krankh., Gicht, Schilddrüse-
krankh., Ischämie, ärztliche Be-
handlung ohne Berufsunfähig-
keitsuntersuchung. Wäg. Freie.
Tagesklinik. Sprechstunden 10
bis 1 und 6-8, Sonnt. 11-1

Kaufgesuche

Wollstoffe per Gramm bis
7.50 Mark, Ketten, Ringe,
Bretter, Uhren, Taschlöffel,
Treffen, Rüst- und Zellulose-
abfälle, alte Nähmaschine, sel-
tenes Silber, deren Rück-
stände und Gefüge usw. kauf
Platin- und Silbergeschmelze
Kauf, Berlin, Köpenickerstr. 29,
Telephon Köpenick 3470.
Eigene Schmelze, direkte Ver-
wertung. 171*

Spezialarzt

Dr. med. Wockenau,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.)
für Syphilis, Haut- u. Frauenleiden
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10T.),
Blutuntersuch. Schnell-, sichere
schmerzlos. Heilung ohne Berufs-
untersuchung. Tägliche. 12/12
Sprechstund.: 11-1 u. 6-8

Spezialarzt

Dr. med. Laabs
bek. schnell, gründl., mögl.
schmerzlos u. ohne Berufs-
untersuchung. Geschlechtskrankheit, geheime
Haut-, Haut-, Frauenleiden,
Schwäche, Erprobte Methoden
Ehrlich-Hata-Kuren, Haut- u.
Blutuntersuchung
Königstr. 84/88, Bahnhof
Epr. 10-11 u. 6-8, Sonnt. 10-1

Verkäufe

Bestes, Schaffelputter, gu-
ter Indigo, billig abgegeben.
Haupt-Bezug, Kaiser-Wilhelm-
Straße 16, beim Alexander-
platz. 812*

Handelshaus, Hermanns-

platz 6. Hochauswahl! Pelp-
schmied! Schmiedungen, Stands-
matten, Kleinfische, Kettische,
neue Herrnpolster, Teppich-
stoffe, Teppichböden, Teppich-
verkauf, Uhrenverkauf, Polster-
verkauf! Schöne! 1018*

Spezial-Arzt

Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90
Behandlung von Syphilis, Haut-
krankh., Frauenleiden, Herz-
krankh., Gicht, Schilddrüse-
krankh., Ischämie, ärztliche Be-
handlung ohne Berufsunfähig-
keitsuntersuchung. Wäg. Freie.
Tagesklinik. Sprechstunden 10
bis 1 und 6-8, Sonnt. 11-1

Kaufgesuche

Wollstoffe per Gramm bis
7.50 Mark, Ketten, Ringe,
Bretter, Uhren, Taschlöffel,
Treffen, Rüst- und Zellulose-
abfälle, alte Nähmaschine, sel-
tenes Silber, deren Rück-
stände und Gefüge usw. kauf
Platin- und Silbergeschmelze
Kauf, Berlin, Köpenickerstr. 29,
Telephon Köpenick 3470.
Eigene Schmelze, direkte Ver-
wertung. 171*

Spezialarzt

Dr. med. Wockenau,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.)
für Syphilis, Haut- u. Frauenleiden
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10T.),
Blutuntersuch. Schnell-, sichere
schmerzlos. Heilung ohne Berufs-
untersuchung. Tägliche. 12/12
Sprechstund.: 11-1 u. 6-8

Spezialarzt

Dr. med. Laabs
bek. schnell, gründl., mögl.
schmerzlos u. ohne Berufs-
untersuchung. Geschlechtskrankheit, geheime
Haut-, Haut-, Frauenleiden,
Schwäche, Erprobte Methoden
Ehrlich-Hata-Kuren, Haut- u.
Blutuntersuchung
Königstr. 84/88, Bahnhof
Epr. 10-11 u. 6-8, Sonnt. 10-1

Verkäufe

Bestes, Schaffelputter, gu-
ter Indigo, billig abgegeben.
Haupt-Bezug, Kaiser-Wilhelm-
Straße 16, beim Alexander-
platz. 812*

Handelshaus, Hermanns-

platz 6. Hochauswahl! Pelp-
schmied! Schmiedungen, Stands-
matten, Kleinfische, Kettische,
neue Herrnpolster, Teppich-
stoffe, Teppichböden, Teppich-
verkauf, Uhrenverkauf, Polster-
verkauf! Schöne! 1018*

Spezial-Arzt

Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90
Behandlung von Syphilis, Haut-
krankh., Frauenleiden, Herz-
krankh., Gicht, Schilddrüse-
krankh., Ischämie, ärztliche Be-
handlung ohne Berufsunfähig-
keitsuntersuchung. Wäg. Freie.
Tagesklinik. Sprechstunden 10
bis 1 und 6-8, Sonnt. 11-1

Kaufgesuche

Wollstoffe per Gramm bis
7.50 Mark, Ketten, Ringe,
Bretter, Uhren, Taschlöffel,
Treffen, Rüst- und Zellulose-
abfälle, alte Nähmaschine, sel-
tenes Silber, deren Rück-
stände und Gefüge usw. kauf
Platin- und Silbergeschmelze
Kauf, Berlin, Köpenickerstr. 29,
Telephon Köpenick 3470.
Eigene Schmelze, direkte Ver-
wertung. 171*

Spezialarzt

Dr. med. Wockenau,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.)
für Syphilis, Haut- u. Frauenleiden
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10T.),
Blutuntersuch. Schnell-, sichere
schmerzlos. Heilung ohne Berufs-
untersuchung. Tägliche. 12/12
Sprechstund.: 11-1 u. 6-8

Spezialarzt

Dr. med. Laabs
bek. schnell, gründl., mögl.
schmerzlos u. ohne Berufs-
untersuchung. Geschlechtskrankheit, geheime
Haut-, Haut-, Frauenleiden,
Schwäche, Erprobte Methoden
Ehrlich-Hata-Kuren, Haut- u.
Blutuntersuchung
Königstr. 84/88, Bahnhof
Epr. 10-11 u. 6-8, Sonnt. 10-1

Verkäufe

Bestes, Schaffelputter, gu-
ter Indigo, billig abgegeben.
Haupt-Bezug, Kaiser-Wilhelm-
Straße 16, beim Alexander-
platz. 812*

Handelshaus, Hermanns-

platz 6. Hochauswahl! Pelp-
schmied! Schmiedungen, Stands-
matten, Kleinfische, Kettische,
neue Herrnpolster, Teppich-
stoffe, Teppichböden, Teppich-
verkauf, Uhrenverkauf, Polster-
verkauf! Schöne! 1018*

Spezial-Arzt

Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90
Behandlung von Syphilis, Haut-
krankh., Frauenleiden, Herz-
krankh., Gicht, Schilddrüse-
krankh., Ischämie, ärztliche Be-
handlung ohne Berufsunfähig-
keitsuntersuchung. Wäg. Freie.
Tagesklinik. Sprechstunden 10
bis 1 und 6-8, Sonnt. 11-1

Kaufgesuche

Wollstoffe per Gramm bis
7.50 Mark, Ketten, Ringe,
Bretter, Uhren, Taschlöffel,
Treffen, Rüst- und Zellulose-
abfälle, alte Nähmaschine, sel-
tenes Silber, deren Rück-
stände und Gefüge usw. kauf
Platin- und Silbergeschmelze
Kauf, Berlin, Köpenickerstr. 29,
Telephon Köpenick 3470.
Eigene Schmelze, direkte Ver-
wertung. 171*

Spezialarzt

Dr. med. Wockenau,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.)
für Syphilis, Haut- u. Frauenleiden
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10T.),
Blutuntersuch. Schnell-, sichere
schmerzlos. Heilung ohne Berufs-
untersuchung. Tägliche. 12/12
Sprechstund.: 11-1 u. 6-8

Spezialarzt

Dr. med. Laabs
bek. schnell, gründl., mögl.
schmerzlos u. ohne Berufs-
untersuchung. Geschlechtskrankheit, geheime
Haut-, Haut-, Frauenleiden,
Schwäche, Erprobte Methoden
Ehrlich-Hata-Kuren, Haut- u.
Blutuntersuchung
Königstr. 84/88, Bahnhof
Epr. 10-11 u. 6-8, Sonnt. 10-1

Verkäufe

Bestes, Schaffelputter, gu-
ter Indigo, billig abgegeben.
Haupt-Bezug, Kaiser-Wilhelm-
Straße 16, beim Alexander-
platz. 812*

Handelshaus, Hermanns-

platz 6. Hochauswahl! Pelp-
schmied! Schmiedungen, Stands-
matten, Kleinfische, Kettische,
neue Herrnpolster, Teppich-
stoffe, Teppichböden, Teppich-
verkauf, Uhrenverkauf, Polster-
verkauf! Schöne! 1018*

Spezial-Arzt

Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90
Behandlung von Syphilis, Haut-
krankh., Frauenleiden, Herz-
krankh., Gicht, Schilddrüse-
krankh., Ischämie, ärztliche Be-
handlung ohne Berufsunfähig-
keitsuntersuchung. Wäg. Freie.
Tagesklinik. Sprechstunden 10
bis 1 und 6-8, Sonnt. 11-1

Kaufgesuche

Wollstoffe per Gramm bis
7.50 Mark, Ketten, Ringe,
Bretter, Uhren, Taschlöffel,
Treffen, Rüst- und Zellulose-
abfälle, alte Nähmaschine, sel-
tenes Silber, deren Rück-
stände und Gefüge usw. kauf
Platin- und Silbergeschmelze
Kauf, Berlin, Köpenickerstr. 29,
Telephon Köpenick 3470.
Eigene Schmelze, direkte Ver-
wertung. 171*

Spezialarzt

Dr. med. Wockenau,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.)
für Syphilis, Haut- u. Frauenleiden
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 10T.),
Blutuntersuch. Schnell-, sichere
schmerzlos. Heilung ohne Berufs-
untersuchung. Tägliche. 12/12
Sprechstund.: 11-1 u. 6-8

Spezialarzt

Dr. med. Laabs
bek. schnell, gründl., mögl.
schmerzlos u. ohne Berufs-
untersuchung. Geschlechtskrankheit, geheime
Haut-, Haut-, Frauenleiden,
Schwäche, Erprobte Methoden
Ehrlich-Hata-Kuren, Haut- u.
Blutuntersuchung
Königstr. 84/88, Bahnhof
Epr. 10-11 u. 6-8, Sonnt. 10-1